



HESSISCHER LANDTAG

10. 02. 2010

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Dringlicher Berichts Antrag der Abg. Wissler (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Staatshilfen für die Restrukturierungspläne von General Motors

General Motors wäre aus eigener Kraft nicht in der Lage gewesen, Opel über den Sommer zu halten. Nur mithilfe der Brückenkredite von Bund und Ländern hat die europäische GM-Tochter überhaupt überlebt. Die Regierungen in Bund und Ländern haben jedoch darauf verzichtet, sich im Gegenzug zu den Krediten Beteiligungen und Mitspracherechte bei Opel zu sichern. Im Herbst 2009 wurden sie von der Entscheidung von GM, Opel nicht zu verkaufen, völlig überrascht.

Bisher ist es nicht gelungen, ein gemeinsames Vorgehen der betroffenen europäischen Regierungen abzustimmen. Dazu hat auch der Alleingang der Bundesregierung und der Landesregierungen im Zuge der Gewährung des Brückenkredites beigetragen. Im Moment kann General Motors die europäischen Regierungen gegeneinander ausspielen und den Standortwettbewerb eskalieren.

GM will den Standort Antwerpen schließen und inklusive Altersteilzeit ca. 10.000 Arbeitsplätze in Europa abbauen. Für dieses Konzept fordert GM 2,7 Mrd. Euro von den europäischen Regierungen und einen Verzicht der Belegschaft in Höhe von 265 Mio. Euro jährlich. Der Betriebsrat fordert im Gegenzug zu einem Arbeitnehmerverzicht die Sicherung aller Standorte und den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Pläne bzw. das Restrukturierungskonzept von General Motors für die Zukunft von Opel?
2. Welche Bedingungen knüpft die Landesregierung an die Gewährung öffentlicher Hilfen für General Motors?
3. Unterstützt die Landesregierung die Forderungen der Belegschaft nach Standortsicherung aller Standorte in Europa und Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, und wenn ja wie?
4. Welche Abstimmungen und Absprachen gibt es zwischen dem Bund und den betroffenen Landesregierungen über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber General Motors?
Falls es keine Abstimmung gibt, warum nicht?
5. Welche Abstimmungen und Absprachen gibt es zwischen den betroffenen europäischen Regierungen (nationalen und regionalen) über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber General Motors?
Falls es keine Abstimmung gibt, warum nicht?
6. Welcher Anteil der von den europäischen Regierungen geforderten 2,7 Mrd. Euro soll nach Willen von General Motors von deutscher Seite getragen werden?
Welcher Anteil entfällt auf den Bund, welcher auf die Länder und welcher auf Hessen?

7. Bis wann soll aus Sicht der Landesregierung eine Entscheidung über Staatshilfen gefällt werden?
8. Wie gedenkt die Landesregierung den Landtag bei der Entscheidung über Staatshilfen zu beteiligen?
9. Mit welchen Konsequenzen für die deutschen Opel-Standorte und ihre Beschäftigten ist nach Meinung der Landesregierung zu rechnen, falls Bund und Länder die Anfrage von GM auf Staatshilfen ablehnen?
10. Trifft es zu, dass General Motors mit der Schließung des Standortes Eisenach droht, falls Staatshilfen nicht gegeben werden?
11. Trifft es zu, dass General Motors im schlimmsten Fall androht, alle deutschen Standorte bis auf Rüsselsheim zu schließen?
12. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob GM plant, die Produktion der Modelle Corsa und Meriva in das ungarische Werk in Szentgotthárd zu verlagern und dort ebenfalls die Motoren- und Getriebefertigung auszubauen?
13. Welchen Weg sieht die Landesregierung, sich einerseits von GM nicht erpressen zu lassen und andererseits Beschäftigung zu sichern und die (mittelständische) Zulieferindustrie nicht in den Ruin zu treiben?

Wiesbaden, 10. Februar 2010

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler